



Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2001 - 2004

12. Sitzung

Dienstag, 4. Juni 2002, 17.00 bis 18.15 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Claudia Meier-Uffer (FLiG)
Geschäft 12.6: Hubert Fülleemann (FDP)

Anwesend Stadtparlament 26 Mitglieder

Entschuldigt Peter Bernhardsgrütter (CVP)
Franziska Burch (CVP)
Trudi Weibel (FLiG)
Ernst Ziegler (SVP)

Anwesend Stadtrat 7 Mitglieder

Traktanden

- 12.1 Kreditvorlage G'03
- 12.2 Motion Alfred Zahner "Fahrgastinformationsanzeige im Bahnhof Gossau", Erheblicherklärung
- 12.3 Postulat Albert Lehmann "Neue Wege für den Verkehr in Gossau", Erheblicherklärung"
- 12.4 Postulat Hanspeter Fröhlich "Einbahnverkehr", Erheblicherklärung
- 12.5 Postulat Ruedi Zingg "Gossau – Erlebnisstadt", Erheblicherklärung
- 12.6 Postulat "Ausserfamiliäre Kinderbetreuung", Beantwortung
- 12.7 Neue parlamentarische Vorstösse
- 12.8 Verabschiedung André Gnägi

Als Ersatz für den abwesenden Stimmzähler Ernst Ziegler hat die Präsidentin Marcel Krucker gewählt.

12.1

Kreditvorlage G'03

Grundlage ist der Bericht des Stadtrates vom 16. Mai 2002 mit folgendem Antrag:

Für die Gewerbeausstellung 2003 wird ein Kredit von Fr. 150'000 erteilt, davon Fr. 25'000 als Nachtragskredit für das Jahr 2002.

Albert Lehmann (CVP) untestützt als Mitglied des OK den Antrag des Stadtrates. Er wünscht die Stadt als Ausstellerin.

Thomas Hürlimann (CVP) unterstützt den Antrag in Namen der CVP. Er ersucht den Stadtrat, die für Vereine vorgesehene Ausstellungsfläche auch für die politischen Parteien zu öffnen. Für die Budgetgenehmigung erwartet er Details über den geplanten Auftritt.

Stadtpräsident Alex Brühwiler orientiert, dass die Flächen für Vereine direkt vom OK verteilt werden. Eine Mitwirkung von Dritten am eigenen Auftritt der Stadt ist nicht vorgesehen.

Beschluss des Stadtparlamentes

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig angenommen.

12.2

Motion Alfred Zahner "Fahrgastinformationsanzeige im Bahnhof Gossau", Erheblicherklärung

Alfred Zahner (FLiG) begründet seine Motion. Er ist bereit, diese in ein Postulat umzuwandeln.

Stadtpräsident Alex Brühwiler stellt den Antrag, das Postulat als nicht erheblich zu erklären. Der Gemeinderat hat sich 1995 mit dem Thema beschäftigt. Der Gemeindebeitrag wurde damals auf 180'000 Franken geschätzt. Die Planung für die Fahrgastinformationsanlage läuft bei den SBB wieder. Die Kostenteilung mit der Stadt ist noch offen. Die Realisierung ist auf 2003/2004 vorgesehen.

Beschluss des Stadtparlamentes

Das Postulat wird als nicht erheblich erklärt (7 Ja, 16 Nein, 3 Enthaltungen).

12.3

Postulat Albert Lehmann "Neue Wege für den Verkehr in Gossau", Erheblicherklärung

Albert Lehmann (CVP) begründet sein Postulat.

Stadtpräsident Alex Brühwiler weist darauf hin, dass die Verkehrsplanung unabdingbar parallel zum Stadtentwicklungskonzept erarbeitet werden muss. Zeitlich wird das Ergebnis wahrscheinlich nicht mit dem Stadtentwicklungskonzept vorliegen.

Beschluss des Stadtparlamentes

Das Postulat wird als erheblich erklärt (22 Ja, 2 Nein, 2 Enthaltungen).

12.4

Postulat Hanspeter Fröhlich "Einbahnverkehr", Erheblicherklärung

Hanspeter Fröhlich (FDP) begründet sein Postulat.

Stadtpräsident Alex Brühwiler ist nicht überzeugt, dass eine rasche Lösung möglich ist. Ein Einbahnsystem kann, auch als Versuch, erst nach einem Einspracheverfahren realisiert werden. Es ist zu erwarten, dass Rechtsmittel ergriffen werden. Dies verzögert eine allfällige Realisierung beträchtlich. Der Stadtrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Stefan Schmid (LdU/SP) fehlt das Gesamtkonzept. Es sollten alle Varianten für eine Verkehrslösung dargestellt werden, und daraus die Bestlösung ausgewählt werden. Auch Einbahnverkehr hat Nachteile. Die vorgesehene Lösung dürfte Widerstand auslösen.

Beschluss des Stadtparlamentes

Das Postulat wird als erheblich erklärt (16 Ja, 8 Nein, 2 Enthaltungen).

12.5

Postulat Ruedi Zingg "Gossau – Erlebnisstadt", Erheblicherklärung

Ruedi Zingg (CVP) begründet sein Postulat.

Stadtpräsident Alex Brühwiler berichtet, dass der Stadtrat das Postulat unterstützt.

Beschluss des Stadtparlamentes

Das Postulat wird einstimmig als erheblich erklärt.

12.6

Postulat "Ausserfamiliäre Kinderbetreuung", Beantwortung

Grundlage ist Bericht und Antrag des Stadtrates vom 16. Mai 2002 mit folgenden Anträgen:

1. *Vom vorliegenden Bericht wird Kenntnis genommen.*
2. *Das Postulat „Ausserfamiliäre Tagesbetreuung“ wird als erledigt abgeschrieben.*

Die Postulantin **Claudia Meier-Uffer** stellt den Antrag, den Bericht des Stadtrates zum Postulat zurückzuweisen. Die Nachfrage bei den vorhandenen Institutionen genügt nicht, um den Bedarf nach ausserfamiliärer Kinderbetreuung festzustellen. Im schweizerischen Durchschnitt sind 45 % der Kinder tagsüber auf sich allein gestellt. Viele Mütter oder Väter würden gerne arbeiten, wenn die Kinderbetreuung sichergestellt wäre. Die Bedürfnisse in Gossau müssen abgeklärt werden, z.B. mit einer Umfrage bei Eltern von Kindern.

Stadträtin Helen Rutz weist darauf hin, dass die Bedürfnisse für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung abgeklärt wurden. Einbezogen wurden auch die Erfahrungen des Sozialamtes und die Umfrage über das Bedürfnis Mittagstisch. Es hat sich gezeigt, dass die Bedürfnisse mit dem derzeitigen Angebot in Gossau abgedeckt sind. Der Stadtrat sieht im heutigen Zeitpunkt keinen Bedarf nach weiteren Hortplätzen. Sie beantragt, das Postulat abzuschreiben.

Hanspeter Fröhlich (FDP) findet die Antwort des Stadtrates bescheiden. Er erwartet konkretere Vorschläge und beantragt Rückweisung.

Marianne Federer (FLiG) findet Mittagstische sehr wichtig. Die Familienformen haben sich stark gewandelt. Familienexterne Betreuung bedeutet für Eltern eine enorme Erleichterung. Ein Mittagstisch würde den Tageshort und die Tagesfamilien der Pro Juventute entlasten. In der heutigen Zeit sind Mittagstische in verschiedenen Schulhäusern ein Muss.

Erika Schweiss (LdU/SP) ist von der Antwort des Stadtrates nicht befriedigt. Eine Bedürfnisabklärung fehlt. Es fehlen Aussagen, wie die ausserfamiliäre Kinderbetreuung optimiert wird. Sie unterstützt einen Pilotversuch für einen Mittagstisch. Die Antwort des Stadtrates entspricht nicht dem Leitsatz 1 der Stadtentwicklung.

Martin Keller (CVP) orientiert, dass die Schulleitung Hirschberg einen Projektantrag für einen Mittagstisch ausgearbeitet hat. Das Evangelische Kirchgemeindehaus bietet sich dafür an. Es besteht ein Bedürfnis für einen Mittagstisch.

Theres Jaggi (FLiG) stellt ebenfalls den Antrag auf Rückweisung. Viele Frauen wollen oder müssen arbeiten. Um dem Leitsatz 1 gerecht zu werden, sind Entscheide nötig wie z.B. Pilotprojekte für Mittagstische und für einen Tageshort für Kinder von 0-2 Jahren.

Patrick Scheiwiler (CVP) ist vom Bericht des Stadtrates enttäuscht und unterstützt den Antrag auf Rückweisung. Der Bericht widerspricht sich, indem ein Bedürfnis verneint wird, und Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Die Empfehlungen sind sehr vage. Er erwartet strukturierte Berichte mit Erwägungen und folgerichtigen Schlüssen.

Für **Paul Egger (CVP)** ist die Antwort des Stadtrates kurz ausgefallen. Bei einer Neubearbeitung scheint ihm ein neuer Denkansatz nötig. Bei weiteren Abklärungen soll die Wirtschaft einbezogen werden und gleichzeitig die Frage der Finanzierung geprüft werden.

Schulratspräsident Markus Sprenger zeigt die Sicht der Schule zum Thema Mittagstisch auf. Der Pilotversuch für das Schulhaus Hirschberg wird im Schulrat und im Stadtrat noch vor den Sommerferien behandelt. Ein Pilotversuch wird das tatsächliche Bedürfnis aufzeigen. Allein der Pilotversuch kostet 24'000 Franken, die als neue Aufgabe finanziert werden müssen.

Stefan Schmid (LdU/SP) weist auf den Widerspruch hin, wonach kein Bedürfnis bestehe, und trotzdem überall ausserfamiliäre Kinderbetreuung fehlt. Die Fragen der Finanzierung sind auch zu klären.

Stadträtin Helen Rutz orientiert über die Auslastung des Tageshortes. Diese betrug 2001 90 %. Bis jetzt konnte für alle Interessenten für den Tageshort und für die Tageseltern eine gute Lösung gefunden werden. Die grossen Gossauer Industriebetriebe sind betreffend Mitfinanzierung von Tagesbetreuungsplätzen angefragt worden. Die Antwort war klar ablehnend.

Kurt Rindlisbacher (FDP) setzt ein Gegengewicht zur bisher geführten Diskussion. Haushaltarbeit und Zeit haben für Kinder soll für Frauen auch wichtig sein. Vor allem Kleinkinder sollen von der Mutter betreut werden. Die optimale Kinderbetreuung ist die Familie. Wenn ein Angebot geschaffen wird, entsteht auch die Nachfrage.

Beschluss des Stadtparlamentes

Der Bericht des Stadtrates wird zurückgewiesen mit 15 Ja, 10 Nein und 1 Enthaltung.

12.7

Neue parlamentarische Vorstösse

Einfache Anfrage Patrick Scheiwiler „Tarifverbund“

12.8**Verabschiedung André Gnägi**

Die Präsidentin verabschiedet André Gnägi, der aus Gossau wegzieht. Per Ende Juni 2002 wird er als Mitglied des Stadtparlamentes zurücktreten und das Präsidium der Geschäftsprüfungskommission abgeben

Dieses Protokoll wurde an der Präsidiumssitzung vom 12. Juni 2002 genehmigt.

Claudia Meier-Uffer
Präsidentin

Toni Inauen
Stadtschreiber